

A N F R A G E von Dr. Anna Maria Riedi (SP, Zürich) und Bettina Volland (SP, Zürich)

betreffend Sicherheitsbedürfnisse der Zürcher Bevölkerung in Zusammenhang mit
 „Urban Kapo“

Die Lebenslage der Bevölkerung in den Zürcher Stadtkreisen 4 und 5 ist seit Jahren geprägt von zu- und abnehmender Drogenkriminalität. Verschiedene aktuelle Projekte wie Schulsozialarbeit, SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention), Spielanimation, Sanierung Bäckeranlage, begleitetes Wohnen und Weiteres tragen wesentlich dazu bei, dass die Lage in diesen Quartieren einigermaßen stabil bleibt. Seit einigen Wochen fühlt sich die ansässige Bevölkerung insbesondere Eltern von Kindergarten- und Schulkindern als auch Gewerbetreibende jedoch zunehmend und ausserordentlich belästigt durch die ungehemmte Aggressivität des Drogenhandels. An der Langstrasse und den Nebenstrassen terrorisieren Dealer frech und arrogant die Bevölkerung. Es ist unerträglich, dass selbst in der Nähe von Schulhäusern und auf einzelnen Pausenplätzen wieder mit Drogen gehandelt wird.

Die Stadtpolizei hat in einem Newsletter darauf aufmerksam gemacht, dass im ersten Halbjahr 2002 gemäss Daten aus der Kriminalstatistik des Kantons Zürich die Anzahl der Verzeigungen beim schweren Drogenhandel und beim Drogenkonsum massiv rückgängig sind. Das sind Delikte, für die die Kantonspolizei zuständig ist. Es stellt sich daher für die Bevölkerung berechtigt die Frage, ob sich der ganze Drogenhandel derart arrogant aufführen kann, weil er von der Kantonspolizei kaum etwas zu befürchten hat.

Wir fragen den Regierungsrat daher an:

1. Wie ist der massive Rückgang der Verzeigungen mittlerer und schwerer Drogendelikte gemäss den von den Stadtpolizei veröffentlichten Zahlen aus der Kriminalstatistik des Kantons Zürich aus Sicht der Kantonspolizei zu erklären?
2. Wie schätzt die Regierung die Entwicklung in den Stadtkreisen 4 und 5 ein? Teilt die Regierung die Meinung, dass die von der Bevölkerung festgestellte Zunahme der Aggressivität rund um den Drogenhandel im Zusammenhang steht mit dem Rückgang der Verzeigungen?
3. Welche Massnahme trifft die Regierung, um die offensichtlich schwierige und problembelastete Zusammenarbeit von Kantonspolizei und Stadtpolizei im neuen Modell „Urban Kapo“ auf einen Stand zu bringen, der die Anliegen und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wieder ins Zentrum der Bemühungen stellt?
4. Ist die Regierung bereit, im Einvernehmen mit dem Zürcher Stadtrat von einer neutralen Stelle eine umfassende Wirkungs- und Risikoanalyse von „Urban Kapo“ mit besonderer Berücksichtigung der Bereiche Drogen, Sitte und Jugendschutz in Auftrag zu geben?
5. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass im soeben in Vernehmlassung gegebenen Kriminalpolizeigesetz und in der darin vorgesehenen Verordnung, Regelungen getroffen werden müssen, um der spezifischen Problemlage in den innerstädtischen Kreisen Rechnung zu tragen?

Dr. Anna Maria Riedi
Bettina Volland